

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 639

Mittwoch, 6. September 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Der Oberste Gerichtshof macht den Weg frei für ein Ermittlungsverfahren gegen Jimmy.....	1
Zurück zu 2015: CICIG und MP gegen den Präsidenten.....	1
Alles über die guatemalteckische Krise 2017.....	2
Dementi eines möglichen Ausnahmezustandes.....	5
Jordán Rodas Andrade nimmt seine Arbeit als neuer Ombudsmann für Menschenrechte auf.....	5
Verfassungsgericht ordnet Stopp der Mine San Rafael an.....	6
Santa María Cahabón, Alta Verapaz sagt NEIN zu Oxec und Oxec II.....	6

Kurz vor Redaktionsschluss:

Der Oberste Gerichtshof macht den Weg frei für ein Ermittlungsverfahren gegen Jimmy

Guatemala, 4. Sept. - Der Oberste Gerichtshof hat heute den Weg für ein Ermittlungsverfahren gegen Präsident Jimmy Morales freigemacht und den Fall dem Kongress übergeben, welche eine Ermittlungskommission bilden muss. Dies teilte der Sprecher des Gerichtshofs, Ángel Pineda, mit. Drei andere Anzeigen – wegen Amtsmissbrauch im Zusammenhang mit der Erklärung von Ivan Velásquez zur persona non grata - wurden von den RichterInnen abgewiesen.

Der Kongress muss nun erstens die Ermittlungskommission bilden und zweitens auf der Basis der Informationen mit mindestens 105 Stimmen die Immunität des Präsidenten aufheben – oder eben nicht.

Der Präsident seinerseits veröffentlichte eine Stellungnahme, in dem er dem guatemalteckischen Volk und der internationalen Gemeinschaft versichert, dass er immer den Rechtsstaat, das Justizwesen und die Gewaltenteilung verteidigt habe. Seine Vision eines Staates basiere auf einer Förderung der demokratischen Institutionen, weswegen er die verschiedenen Sektoren der Gesellschaft auffordere, die Institutionen zu respektieren. „Niemals habe ich in einen Prozess, der mich direkt oder indirekt betroffen hat, eingegriffen; im Gegenteil: ich habe stets meinen Respekt gegenüber diesen Verfahren gezeigt – so wie es die Gesetze fordern“, sagte er. Schliesslich fordert er die GuatemalteckInnen auf, objektiv, reif und engagiert für die nationale Einheit einzutreten. (Cerigua, Nómada)

Zurück zu 2015: CICIG und MP gegen den Präsidenten

*Guatemala steht in dem Kampf zwischen den korrupten Eliten und den Institutionen und AktivistInnen, die für einen korruptionsfreien Rechtsstaat eintreten, an einem Punkt, an dem es vor genau 2 Jahren schon einmal stand: ein Präsident soll seine Immunität verlieren, damit gegen ihn ein Prozess wegen illegaler Wahlkampffinanzierung gemacht werden kann. Der Präsident schlägt um sich, indem er versucht, den Leiter der CICIG, Iván Velásquez des Landes zu verweisen. Postwendend entscheidet das Verfassungsgericht, dass dies unzulässig sei und untersagt deren Ausführung. Ein Krimi, den die **iFijáte!**-Redaktion (basierend v.a. auf Nómada) bereits in Heft 631 und 635 voraus ahnte. Tausende Menschen tun das, was sie schon 2015 taten: sie gehen auf die Strasse und fordern den Prozess gegen Jimmy Morales, den Schutz der CICIG und ein Ende der Korruption.*

Doch es gibt auch UnterstützerInnen des Präsidenten: KommunalpolitikerInnen und die Medien der Mogule Ángel González und der Familie Archila. In ihrer Titelgeschichte („Unterstützung der Kommunen für den Präsidenten“) und im Editorial („Gegen die Polarisierung“) demonstriert die Siglo21 ihre eindeutige Unterstützung für Jimmy Morales und gegen die CICIG bzw. gegen dessen Leiter. Dennoch veröffentlicht die Zeitschrift eine juristische Abhandlung des Kolumnisten Gabriel Orellana, der nachweist, dass die Anordnung des Präsidenten, Velásquez auszuweisen, rechtswidrig ist. Unter anderem hätte der Aussenminister in solchen diplomatischen und aussenpolitischen Fragen zustimmen müssen. Das hat Carlos Morales jedoch nicht gemacht und ist stattdessen zurückgetreten. Ebenso wie die Gesundheitsministerin und Menschenrechtsaktivistin, Lucrecia Hernandez Mack, und ihr ganzer Stab. Der ebenfalls integre Finanzminister hat mit Rücktritt gedroht, falls der Präsident nicht zur Rechtsstaatlichkeit zurückkehre. Er macht jedoch weiter. Die Geschehnisse wollen wir im folgenden anhand des Nómada-Artikels „Alles über die guatemaltekeische Krise 2017“ darstellen.

Alles über die guatemaltekeische Krise 2017

29. Aug. – Im Folgenden gibt es eine Zwischenstellung der wichtigsten Artikel in der Nomada über die aktuelle politische Krise in Guatemala:

Freitag, 25.08.: Die Kraftprobe begann vor einigen Wochen und wurde vor zwei Tagen öffentlich. Angeregt durch einige BeraterInnen und traditionelle politische AkteurInnen kam Präsident Jimmy Morales zu dem Entschluss, Iván Velásquez aus dem Land zu weisen. Dieses Gerücht führte dazu, dass Thelma Aldana ankündigte, in einem solchen Fall sofort von ihrem Amt zurücktreten zu wollen. Damit wäre das Land in einer zuvor noch nicht dagewesenen Situation im Kampf gegen Korruption und Straffreiheit.

Samstag, 26.08.: Zwischen der ersten und zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2015 erhielt Jimmy Morales, Präsidentschaftskandidat und Generalsekretär der Partei FCN-Nación, mindestens 6,7 Millionen Quetzales (fast 1 Mio. US-\$), die er dem Obersten Wahlgericht (TSE) nicht offenlegte. Erste Untersuchungen der Daten, Schecks, Aufstellungen über fragwürdige Transaktionen und Verteilung von Aufträgen an Wahlkampffinanziers führten MP und CICIG dazu, den Obersten Gerichtshof und den Kongress zu bitten, ein Ermittlungsverfahren einleiten zu dürfen und daher die Immunität des Präsidenten aufzuheben, damit dieser ggf. vor Gericht gestellt werden kann. Das ist das zweite Mal in den letzten zwei Jahren, dass einem Staatschef die Immunität entzogen werden soll, damit Ermittlungen gegen ihn eingeleitet werden können.

Sonntag, 27.08.: Auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der CICIG über die illegale Wahlkampffinanzierung der FCN reagierte der Präsident Jimmy Morales mit dem Versuch der Ausweisung von Iván Velásquez. Der Ausweisungsbefehl des Präsidenten wurde zunächst vorläufig vom Verfassungsgericht ausser Kraft gesetzt.

Montag, 28.08.: Jimmy Morales legte seine moralischen Ansprüche nieder, das Zierrat seiner Diskurse ab. Er spielte die Rolle des Präsidenten und brauchte nicht mehr als 1,44 Sekunden, um das Land in eine neue Krise zu stürzen. Er präzierte den Staatsstreich, nach dem sich die Mafiosi so sehr sehnten, erklärte Iván Velásquez zur persona non grata. Am zweiten Jahrestag des nationalen Stillstandes, der den Rücktritt des Präsidenten Otto Pérez Molina wegen Korruptionsvorwürfen der CICIG markierte, erinnerte Jimmy die Welt daran, dass der Kampf gegen die Strafflosigkeit nicht weit davon entfernt sein könnte, aufzuhören. Der Präsident sagte am Montag nach der vorläufigen Annullierung seines Ausweisungsbefehls, dass er die Justizorgane respektiere. Laut BeobachterInnen sickerte die Nachricht durch, dass die Regierung das neue Urteil des Verfassungsgerichts anfechten werde.

Dienstag, 29.08.: Das Verfassungsgericht annulliert knapp, aber endgültig mit drei (Francisco de Mata Vela, Gloria Porras und Boanerge Mejía) gegen zwei Stimmen (Dina Ochoa und Neftali Aldana) den Ausweisungsbefehl des Präsidenten, da er gegen Artikel 182 der Verfassung verstossen habe. Dieser besagt, dass solche Entscheidungen in Abstimmung mit dem Kabinett geschehen müssen. Das Verfassungsgericht wies die Aussenministerin Sandra Jovel, den Verteidigungsminister William Mansilla und den Innenminister Francisco Rivas an, den Ausweisungsbefehl nicht umzusetzen. (...) Die Mühlen im Kampfe für den Rechtsstaat in Guatemala mahlen damit weiter. (...)

Etwas tiefer gehende Analyse des Geschehens

Das Spiel von Jimmy war undurchsichtig, übertrieben freundlich, von einer betrügerischen Schläue. Am Dienstagabend (22.08.) drohte Thelma Aldana damit zurückzutreten aufgrund der drohenden Ausweisung von Iván Velásquez. Über seinen Sprecher beschuldigte der Präsident sie daraufhin der Erpressung, während er selbst seine Intention, den CICIG-Chef auszuweisen, nicht zugab. Am Mittwochabend erklärte die Nómada gegenüber der CNN, dass der Hintergrund der Erklärung von Velásquez zur persona non grata eine Repressalie wegen der Ermittlungen der illegalen Wahlkampffinanzierung zur Präsidentschaftswahl 2015 gewesen sei. Am Freitag drohte Jimmy bei der UN in New York damit, um die Entlassung des Kommissars zu bitten, aber das tat er dann augenscheinlich nicht. Am selben Tag forderten CICIG und MP die Aufhebung der Immunität des Präsidenten wegen illegaler Wahlkampffinanzierung.

Das hat natürlich Bewegung in die Sache gebracht. Am Samstag gab es eine erste Demonstration zur Unterstützung von Iván Velásquez und des Protestes gegen Jimmy Morales. Und es schien so, als ob alles so bleiben würde und Jimmy einen Prozess zur Aufhebung der Immunität vor dem Obersten Gerichtshof und dem Kongress erwarten müsste. Aber der aktuelle Präsident hatte andere Pläne. Er nahm Samstagnacht (26.08.) ein Video auf, das er um 6 Uhr morgens über Twitter verbreitete. Mit ernster Miene und vor einem dunklen Hintergrund appellierte er an die Einhaltung der Verfassung und versicherte mit passenden Gesten, „dass er Herrn Iván Velásquez Gómez zur persona non grata erklärt.“ Er

habe unverzüglich das Land zu verlassen. Die diplomatischen Gepflogenheiten geben üblicherweise 48 Stunden dafür, der venezolanische Präsident Nicolás Maduro nur zwei Stunden, um jemanden auszuweisen, der gegen ihn ermittelte oder ihn kritisierte. Aber Jimmy Morales sprach von „unverzüglich das Land verlassen“. [*Dies geschehe, so sagt der Präsident im Video, „zum Schutz der Interessen der GuatemalteKInnen und des Rechtsstaates“*. Red.]. Womöglich dachte er, dass zu dieser Zeit niemand wach wäre, der sofort einen Einspruch gegen diese Entscheidung einlegen würde. Aber er rechnete nicht mit BürgerInnen. Erstens, nach dem Rücktritt von Aussenminister Carlos Raúl Morales und der Ernennung einer neuen Ministerin (Sandra Jovel), kamen BürgerInnen vor den Sitz der CICIG zusammen, um Iván Velásquez zu unterstützen. Als die Botschaft der neuen Aussenministerin zur Ausweisung des CICIG-Leiters verkündet wurde, blockierten etwa 20 Leute den Zugang. Ausserdem hatten die Jugendlichen von JusticiaYa vorsorglich einen Einspruch gegen eine mögliche Entscheidung des Präsidenten zur Ausweisung eingereicht.

Ein historischer Kampf im mächtigsten Gericht des Landes

Der einzige Akteur, der die Ausweisung von Iván Velásquez stoppen konnte, war das Verfassungsgericht, deren RichterInnen zuletzt 2014 gewählt wurden – ohne dass es darin eine eindeutige Mehrheit zugunsten der Gerechtigkeit oder der Straffreiheit gegeben hätte. Der Zugang in die historische Altstadt, in der das Gericht steht, war aufgrund eines Stadtlaufes (21k) erschwert. Bei Richter Bonerge Mejía, von der Anwaltskammer gewählt und mit obskurer Vergangenheit, klingelte 15 mal das Telefon. Aber da er nicht kam, rückte seine Vertreterin María Cristina Fernández nach, die der Universität Francisco Marroquín entstammte. Während die RichterInnen die Sache diskutierten, begannen die ersten Reaktionen auf die Ankündigung der Ausweisung: So erklärte sich der Generalsekretär der UN, Antonio Guterres, direkter Vorgesetzter von Iván Velásquez, erschüttert über das Vorgehen. Aus dem US-Kongress mehrten sich Stimmen, die sich für eine Kürzung der Hilfsfonds für Guatemala aussprachen. Und RepräsentantInnen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten erklärten, dass das Vorgehen von Jimmy Morales unmittelbare negative Konsequenzen habe werde.

Drei wichtige Mitglieder des Kabinetts von Jimmy traten zurück: Aussenminister Carlos Raúl Morales, der sich weigerte, den Ausweisungsbefehl zu unterschreiben. Lucrecia Hernández Mack, Gesundheitsministerin trat mit ihrem gesamten Führungsstab zurück. Und Quique Godoy, Leiter des Präsidialamtes, Mitbruder im evangelikalen Glauben und alter politischer Ratgeber ebenso. „Der Arbeitsplan, den wir entwickelt haben, verliert seinen ethischen und politischen Anspruch in einer solchen Regierungsführung“, schrieb Hernández Mack. Das Kabinett begann sich zu spalten. Finanzminister Julio Héctor Estrada, twitterte, dass er nur dann im Amt bleiben werde, wenn in der von Jimmy Morales anberaumten Kabinettssitzung, nichts entschieden werde, was die Gesetze breche.

Derweil errangen die VerfassungsrichterInnen María Cristina Fernández, Gloria Porras (wiedergewählt vom Kongress) und Francisco de Mata Vela (gewählt von der USAC) eine Mehrheit. Sie gaben dem Einspruch der Jugendlichen von JusticiaYa recht und stoppten vorläufig die Ausweisung von Iván Velásquez. Dagegen (und damit für die Entscheidung des Präsidenten) stimmten die RichterInnen Dina Ochoa (von Jimmy selbst ausgewählt) und Neftalí Aldana (ausgewählt vom Obersten Gerichtshof). Die Leute von JusticiaYa und drei RichterInnen retten Guatemala vor dem Abgrund. (...) Die Medien der korrupten Elite verbreiteten Lügen. Radio Sonora, Produkt des mexikanischen Magnaten Ángel González und seiner Frau Alba Lorenzana, schrieb, dass das Militär in den Strassen patrouillierte und forderte die Bevölkerung auf, in ihren Häusern zu bleiben – und nicht demonstrieren gehen. Lorenzana ist auf der Flucht, weil ihre Medienkanäle illegal die Patriotische Partei über Millionenschwere Kontrakte zwischen 2012 und 2015 finanzierte.

Das zweite Video des Präsidenten

Um 15.30 reagierte Jimmy Morales auf die Verfügung des Verfassungsgerichts. Er wählte als Ort für seine Ansprache an die Nation den selben Ort aus, an dem Elias Serrano 1993 die Schliessung des Kongresses verkündete (sog. autogolpe). Aber Jimmy Morales wollte ja nicht den Kongress bekämpfen, sondern seine Gunst gewinnen. Er sagte, dass seine Entscheidung, Iván Velásquez auszuweisen, nicht persönlich motiviert gewesen sei, sondern ein Akt zur Verteidigung der Souveränität des Landes. Der CICIG-Leiter habe sein Mandat überschritten, als er die Abgeordnete bedrängte, die Verfassungsreformen anzunehmen und als er die Medien nutzte, um Druck auf die RichterInnen auszuüben. Eine Rede voller Ungenauigkeiten, Halbwahrheiten und Lügen. „Kein Gericht kann sich auf der Basis der Verfassungsartikel über die aussenpolitischen Entscheidungen des Präsidenten hinwegsetzen“, sagte Jimmy. Er vergass dabei, dass das Verfassungsgericht sehr wohl ein Urteil fällen musste, wenn es glaubt, dass Verfassungsrechte der BürgerInnen dadurch verletzt werden. So taten die RichterInnen es. Aber das schlimmste war, dass Jimmy in dem Video nicht sagte, ob er das Urteil akzeptierte oder nicht. Dadurch blieb diese Unsicherheit, die (...) vor sechs Tagen begann, erhalten.

Als die Botschaft gehört war, begann sich der Platz vor dem Nationalpalast zu füllen. Es kamen nur aufgebrachte Personen, die den Rücktritt von Jimmy Morales forderten und die Arbeit der CICIG unterstützten. Es mögen so 8.000 bis 10.000 Menschen gewesen sein. Jimmy Morales schaffte es, erneut eine Einheit der GuatemalteKInnen über die Klassen und Ideologien hinweg auf der Plaza zu versammeln, am zweiten Jahrestag des Nationalstreiks gegen Pérez Molina. Das zweite Video des Präsidenten ermutigte zugleich die KritikerInnen von Iván Velásquez, eigene Versammlungen vor dem Sitz der CICIG in der exklusiven Zone 14 durchzuführen.

Kurz vor dem Gewaltausbruch

Der Sitz der CICIG (und Wohnhaus des Leiters) war der alte Sitz der US-Marines in Guatemala, eine ziemlich sichere Anlage. Auf dem Gehsteig vor dem Eingang standen BürgerInnen, die Iván Velásquez verteidigten. Um 16.00 Uhr, acht Stunden nachdem sie dort ankamen, waren noch gut 100 da. Sehr verschiedene Leute, ähnlich wie auf der Plaza: PolitikerInnen, bekannte MenschenrechtsaktivistInnen, etwa Claudia Samayoa (von der Einheit zur Verteidigung der MenschenrechtsaktivistInnen, UDEFEGA), Iduvina Hernández und Eleonora Muralles. Andere BürgerInnen brachten Mineralwasser, Essen, Capes und Sonnenschirme.

Auf der anderen Strassenseite kamen die GegnerInnen von Velásquez zusammen, alle konservativ. Etwa Ricardo Méndez Ruiz von der Stiftung gegen Terrorismus und der neoliberale [*im Original: radikal-libertär, Red.*] Kolumnist Giovanni Fratti, häufiger Studiogast im Programm von Canal Antigua und Emisoras Unidas, im Besitz der Familie Archila. Erick Archila, Besitzer des Canal Antigua, ist aufgrund von Korruptionsverdacht auf der Flucht. Ebenfalls gesichtet wurde Armando de la Torre, eine bedeutende Person der neoliberalen Universität Francisco Marroquín.

Zu diesem Zeitpunkt gab es keine BeobachterInnen der PDH und von der Polizei war nur ein Dutzend anwesend. Dazu gesellten sich MitarbeiterInnen des UN-Menschenrechtsbüro in Guatemala (OACNUDH) und bildeten eine menschliche Kette, um die beiden Demonstrationsgruppen voneinander zu trennen. Sie mussten die Einschüchterungsversuche von Seiten der GegnerInnen von Iván Velásquez über sich ergehen lassen.

Aber die ersten Provokationen kommen von dessen UnterstützerInnen. Sie überquerten die Strasse und hielten ihre Schilder in Richtung der GegnerInnen, deren Zahl noch gering war. Die MediatorInnen der OACNUDH und andere BürgerInnen aus dem Lager der Velásquez-Unterstützer riefen die anderen zur Rückkehr auf ‚ihre‘ Strassenseite auf. Danach folgten Provokationen der GegnerInnen. Gegen 17.00 Uhr waren sie dreimal so viele wie die UnterstützerInnen. „Windige Typen, CICIG ja, Iván raus“, skandierten die GegnerInnen. „Räuber, Korrupte, Sprecher von Mariscal Zavala“, antworten die UnterstützerInnen. Mit dem letzten bezogen sie sich auf das VIP-Gefängnis, in dem PolitikerInnen, Militärs und UnternehmerInnen ihre Gefängnisstrafen absitzen. Die GegnerInnen wiederholten die Argumentation des Präsidenten: Ja zur CICIG, nein zu Velásquez. Man wolle Gerechtigkeit, aber nicht selektiv. UNE bliebe verschont. Warum keine Strafen für zwei ex-MinisterInnen und Dutzende Abgeordnete der Partei von Álvaro Colom und Sandra Torres? Warum gab es bis zum letzten Donnerstag keine strafrechtliche Ermittlungen gegen Orlando Blanco, Generalsekretär der UNE, ebenfalls wegen illegaler Wahlkampffinanzierung? (...)

Nur die Menschenkette aus Polizei und UN-BeobachterInnen und der PDH-MitarbeiterInnen trennte die Gruppen.

„Wir wollen das hier nicht, alle sind links und die Gerechtigkeit selektiv, danke dieses Kolumbianers“, sagte einer der GegnerInnen, so um die 50 Jahre alt. „Du würdest dich ärgern, wenn ich rechts wäre. Wie kann es sein, dass wir seit zwei Jahren diesen Iván Velásquez lieben, weil der die Korrupten verfolgt und jetzt sagst du, er sei Kommunist. An dem Tag, an dem ein Fall aus ideologischen Gründen verfolgt wird, komme ich auf deine Seite. Bis dahin bleibe ich auf meiner“, antwortete ihm ein gleichartiger Unterstützer.

Zunehmende Spannung

GegnerInnen begannen schliesslich, Diplomatenautos zu blockieren, die aus dem Amtssitz der CICIG fahren wollten. Das erhöhte die Spannungen bis zu dem Punkt, als eine Frau sich vor einen Wagen stellte, um auf die Motorhaube einzuprügeln, während andere auf die Fenster schlugen. Ein Zusammenstoss war sehr wahrscheinlich. Méndez Ruiz redete auf sie ein, auf ihre Strassenseite zurückzukehren und die Wagen passieren zu lassen.

Die zwei Versammlungen füllten sich mit Leuten und die Polizei musste den Verkehrsfluss auf der 10. Avenida der Zone 14 sperren. Dies erleichterte die Situation der VerteidigerInnen, die in der Gefahr standen, von Autos der GegnerInnen überfahren zu werden. Die städtische Verkehrspolizei war zu keinem Zeitpunkt vor Ort. Aber die Spannung hielt an. Die Sprechchöre wurden zu Schmähungen und es wurde Wasser auf die andere Seite geworfen. Die etwa 40 PolizistInnen blieben stoisch. Aber es kam noch ärger. Um 17.45 erschien eine Gruppe, die nicht zu den übrigen DemonstrantInnen passten. Alles Männer mit neuen Klamotten in Militäraufmachung oder Aufmachung der Sicherheitskräfte des Präsidialamtes. Sie hatten eine Fahne mit Che Guevara und ein Pappschild mit einem Nazi-Hakenkreuz. Sie gingen auf die Seite der VerteidigerInnen von Velásquez und begannen die GegnerInnen zu beschimpfen und bemühten sich, die Gemüter weiter zu erhitzen. Die BürgerInnen und die MenschenrechtsaktivistInnen suchten sie auf und baten sie, still zu sein. Danach entschieden sich die VerteidigerInnen des CICIG-Leiters für den friedlichen Widerstand und setzten sich auf die Strasse. Die Infiltrierten beugten sich dem Spannungsabbau, den die Aktion bewirkte, und gingen. Es kam die Batucada del Pueblo und mit Trommeln, Tänzen und Freude entmutigten sie die GegnerInnen. Die VerteidigerInnen feierten, dass Velásquez im Land bleibt.

Während dessen twitterte der Finanzminister, dass er im Kabinett bleiben werde. Wir interpretieren das so, dass Jimmy keine anti-demokratischen Massnahmen treffen wird. Jedenfalls nicht an diesem Sonntag. Insgesamt erinnern die Ereignisse an den August 2014, als Otto Pérez Molina aus dem Amt gedrängt wurde. (...)

Niemand weiss, wie diese Krise gelöst werden wird. Sicher ist, dass zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt vor eineinhalb Jahren Jimmy Morales versuchte, seine Autorität als Staatschef auszuspielen – und zwar um jene Mafiosi zu befriedigen, die Iván Velásquez aus dem Land vertreiben wollen. Die Lage ist weiterhin verworren, weil noch immer unklar ist, ob das Urteil des Verfassungsgericht angefochten wird oder nicht. Oder ob er einen autoritären Weg einschlagen und sich mit den GegnerInnen des Leiters der CICIG radikalisiert wird und einen Agent Provocateur in die Volksdemonstrationen einschleusen lässt. Das kann alles noch böse enden. (...)

So verlief der erste Tag, an dem Guatemala am Rande des Abgrunds stand. Iván Velásquez bleibt Leiter der CICIG. Vorerst. Jimmy Morales hat keine autoritären Massnahmen beschlossen. Vorerst. Die Agents Provocateurs haben keine Gewalt bewirken können. Vorerst. Jimmy Morales, der sich als neuer Juan José Arévalo beschwor, könnte vielleicht seine Präsidentschaft beenden wie vor ihm Serrano oder Pérez Molina.

Dementi eines möglichen Ausnahmezustandes

Guatemala, 28. Aug. - Regierungsmitglieder hielten an diesem Morgen eine Pressekonferenz am Ende der Kabinettsitzung ab. Dabei ging es auch um die nach der Entscheidung zur Ausweisung von Velásquez durch den Präsidenten aufkommenden Gerüchte, einen nationalen Ausnahmezustand zu verhängen, um die Proteste, die während des Sonntags begannen, niederringen zu können.

Dabei erklärte Verteidigungsminister Williams Mansilla, dass das Thema nicht in der Kabinettsitzung diskutiert worden sei, er jedoch der Auffassung sei, dass dieses Mittel aus sozialen und rechtlichen Gründen nicht zielführend sei. Es werde weder zu rechtswidrigen Handlungen kommen, noch würden Sicherheitskräfte in den Strassen patrouillieren, um öffentliche Meinungsäußerungen zu verhindern. Mansilla sagte, dass er die Entscheidung des Präsidenten, Velásquez zur persona non grata zu erklären, unterstütze, da dieser seine Funktion unzulässig ausgeweitet habe. Er kritisierte, dass in den Medien in Bezug auf einen Ausnahmezustand Informationen verbreitet worden seien, die jeglicher faktischen Grundlage entbehrten. Die Medien sollten darauf achten, was für Informationen sie ihren LeserInnen vermittelten. Die stellvertretende Aussenministerin Alicia Castillo verteidigte die Position des Präsidenten und argumentierte, dass CICIG sehr wohl weiterarbeiten solle, aber nicht unter der Leitung des Kolumbianers Velásquez. „Niemand könne ewig auf seinem Posten bleiben“ sagte sie und verwies darauf, dass CICIG bereits vier oder fünf Leiter gehabt habe. Sie beendete ihren Auftritt – sichtlich genervt - mit patriotischen Liebesbeweisen und dem Wunsch, dem guatemalteckischen Volk zu dienen – und dem Hinweis, dass CICIG und die Prozesse ja weitergehen könnten. (Cerigua)

Jordán Rodas Andrade nimmt seine Arbeit als neuer Ombudsmann für Menschenrechte auf

Guatemala, 22. Aug. - Jordán Rodas Andrade, der im Juli diesen Jahres mit 131 von 133 Stimmen (96,33 %) im Kongress zum neuen Ombudsmann für Menschenrechte (Leiter der PDH) gewählt wurde, nahm am 20. August seine Amtsgeschäfte als Nachfolger von Jorge De León Duque auf. De León zeigte sich gegenüber der Presse sehr zufrieden mit der Wahl von Rodas Andrade. Rodas stammt aus Quetzaltenango und ist seit 1995 Anwalt und Notar. 2005 arbeitete er u.a. als Dozent in dem Masterstudiengang Management nachhaltiger Entwicklung. Er hat verschiedene Graduierungen erhalten, etwa in Verfassungsrecht und Grundrechten des Straf- und Prozessrechts, aber auch in öffentlichem kommunalen Management. 2012 bildete er AnwältInnen und NotarInnen aus und schrieb eine Doktorarbeit an der USAC. In seinem öffentlich zugänglichen Lebenslauf tauchen als Referenzgeber Manfredo Marroquin von der BürgerInnenallianz und Alvaro Pop Ac, indigener Menschenrechtsaktivist, auf.

Im Gespräch mit Prensa Libre erklärte er zu der klaren Mehrheit im Kongress (die es bei vorherigen Wahlen zu dem Amt niemals gegeben hatte), dass er allen Abgeordneten eingehend seine Pläne vorgestellt habe. „Da gab es keine politische Agenda. Im Kongress wissen sie, dass das Land sich ändern muss. Keine Partei hat mich um irgendetwas gebeten, damit sie mich wählen“, betonte er. In seiner ersten Erklärung nach der Wahl sagte er, dass ein Dialog über Verfassungsreformen dringend nötig sei, dass man es jedoch nicht übereilen sollte. Zu der Behauptung in gewissen Kreisen, dass PDH die Straffälligen verteidige, sagte er: „Jede Person, die niemanden hat, der ihn verteidigt, kann einen Anwalt vom Öffentlichen Institut für Strafverteidigung erhalten“. Er werde die Unterernährung und Armut zum Thema machen. Weiter sagte er zu seiner Agenda: „Ich werde kein Ombudsmann sein, der in seinem Büro hockt. Ich werde mich nicht nur in der Hauptstadt aufhalten, sondern herumreisen. Die Mehrheit der Menschenrechtsverletzungen findet schliesslich in allen möglichen Teilen des Landes statt. Die aktuelle Situation benötigt einen sehr reifen Ombudsmann. Es geht nicht um Polarisierung: Menschenrechte sind kein exklusives Eigentum einer Gruppe oder eine Ideologie, sie sind unabhängig von den verschiedenen Positionen, die es im Land gibt.“ Es fehle in Guatemala vor allem „am Respekt vor dem Leben. Der Grad der (Un-)Sicherheit besorgt mich. Ich spreche über Prävention. Wir müssen in den Schulen eine Kultur der Menschenrechte aufbauen.“

In der Zeitung *El Periodico* heisst es zum Arbeitsplan von Rodas Andrade, dass in Bezug auf die Umsetzung der menschenrechtlich relevanten Bestimmungen proaktiv und nicht reaktiv gehandelt werden solle. Es müssten die Hilfsangebote in allen Departements und Landkreisen personell und dauerhaft begleitet werden. An allen lokalen Standorten der PDH müssten die Zugangsmöglichkeiten und die Qualität der Dienstleistungen verbessert werden. Die Schutzmechanismen für die besonders verwundbaren Teile der Bevölkerung müssten gestärkt werden. (PL, EP)

Nachtrag: Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Anrufung des Verfassungsgerichts nach der von Präsidenten dekretierten Ausweisung des CICIG-Leiters Iván Velásquez. Nachdem er sein Vorgehen in einer Talkshow begründet hat, wird er im Editorial der konservativen Zeitung siglo21 als „Linksextremist“ bezeichnet, der seine Kompetenzen überschreite, da er in (ausser)politischen Fragen politische Stellung beziehe.

Verfassungsgericht ordnet Stopp der Mine San Rafael an

Guatemala, 25. Aug. - Das Verfassungsgericht hat die vom Obersten Gericht im Juli 2016 verhängte, vorläufige Aussetzungen der Arbeiten in der Mine San Rafael, Santa Rosa, bestätigt. (*¡Fijáte!* hat mehrfach darüber berichtet, Red.). Das Verfassungsgericht ordnete den Stopp des Betriebes an, da die Bevölkerung der Xinca diskriminiert worden sei. Als das Bergbau- und Energieministerium die Tätigkeiten des Konzerns genehmigte – heisst es in dem Urteil – habe sie die dort lebende lokale indigene Bevölkerung nicht befragt, obwohl das Gesetz dieses verlange. Der Anwalt Rafael Maldonado, der die Schliessung der Mine verlangt, erklärte sich zufrieden mit dem Urteil: „Der Rechtsstaat wird respektiert.“ (PL – die freilich die Mine fälschlich Marlin nennt – die jedoch in San Marcos liegt)

Santa María Cahabón, Alta Verapaz sagt NEIN zu Oxec und Oxec II

Santa Maria Cahabon, Departement Alta Verapaz, 28. Aug. – Am 27. August wurde eine kommunale Abstimmung in Buena Fe, Landkreis Santa María Cahabón im Departement Alta Verapaz, zu den Wasserkraftwerken Oxec und Oxec II abgehalten, so wie es die Verfassung und Artikel 169 der ILO-Konvention zu indigenen Rechten verlangt. Die Volksabstimmung fand an diesem Sonntag in 196 Weilern in 10 Regionen, Ortsteilen und städtischen Gebieten statt. Die Frage lautete „Sind Sie damit einverstanden, dass das Wasser der heiligen Flüsse Cahabón und Oxec für die Installation und den Betrieb der Wasserkraftwerke Oxec und Oxec II in dem Landkreis Santa María Cahabón, Alta Verapaz genutzt wird?“ [*Das ist sicher keine neutral formulierte Frage, d. Red.*]

Die traditionellen Autoritäten der K'ekchi in den Gemeinden mussten sich durch die gesamte guatemaltekeische Gerichtsbarkeit kämpfen, damit das Recht auf Volksentscheide respektiert wird. Während des Samstags (26.08.) kamen einige nationale und internationale BeobachterInnen, auch RepräsentantInnen anderer Landkreise des Departements Alta Verapaz und anderer Völker Guatemalas in den Landkreis. Auch Medien, insbesondere kommunale und indigene, waren vor Ort. Jede Delegation oder PressevertreterIn wurde von VertreterInnen der Gemeinden empfangen. Die BeobachterInnen wurden auf die einzelnen Orte verteilt.

Um 8 Uhr morgens begann der Tag mit einer Gemeindeversammlung. Danach begann dort der Prozess der freien und informierten Abstimmung. Die Autoritäten erwarteten die ersten Ergebnisse aus jeder Dorfversammlung, um sie dann zum Endergebnis zusammenzutragen.

Von den 26.554 Personen, die sich an der Wahl beteiligten, stimmten 26.537 (oder 99 %) mit NEIN, darunter 11.914 Erwachsene und 8.623 Minderjährige. 11 Personen stimmten mit JA, zwei enthielten sich.

Im Februar 2017 hatte das Verfassungsgericht in einer ersten vorläufigen Entscheidung zugunsten der Gemeinde Santa María Cahabón und ihrem Recht, eine Volksabstimmung abzuhalten, getroffen. Der Antrag war von Bernardo Caal Xol vorgetragen worden. Das Verfassungsgericht verbot jegliche Konzession an das Unternehmen Oxec bezüglich des Flusses Cahabón. Im Mai 2017 veränderte das Gericht sein Urteil und entschied den Antrag der Gemeinden am Cahabón abzulehnen und der Firma Oxec freie Bahn für ihre Arbeiten am Projekt zu ebenen. (...)

Im August 2017 entschied das Verfassungsgericht jedoch zugunsten der K'ekchi, diesmal endgültig und ordnete die Durchführung der Volksabstimmung an. (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6